



**PROF. TIMOTHY WILLIAMS,
WIE WIRKT ERINNERUNG NACH
GEWALT UND KONFLIKTEN?**

**FoKSFELLOW
PERSPEKTIVE**

9 2026



**BAYERISCHE
WISSENSCHAFTSALLIANZ
FÜR FRIEDENS-, KONFLIKT- UND
SICHERHEITSFORSCHUNG**

Warum ist es überhaupt wichtig, wie sich Gesellschaften an vergangene Gewalt oder Kriege erinnern?

1

Die Frage, wie wir uns an die Vergangenheit erinnern – woran wir uns erinnern, wer dabei als erinnerungswürdig und relevant gilt – sagt tatsächlich weniger darüber aus, was historisch geschehen ist, sondern vielmehr darüber, was diese Vergangenheit heute bedeutet. Anders gesagt: Für kollektive Erinnerung ist die Vergangenheit als solche gar nicht entscheidend. Vielmehr geht es darum, wie politische und gesellschaftliche Beziehungen im Hier und Jetzt verstanden, geformt und legitimiert werden.

Es wird bewusst entschieden, woran erinnert wird – und was in Vergessenheit gerät.

Die Auswahl dessen, was erinnert wird, erfolgt aus einer Fülle möglicher Ereignisse. Es ist ein zutiefst politischer Prozess: Es wird bewusst entschieden, woran erinnert wird – und was in Vergessenheit gerät. Dabei geht es etwa darum, auf welche Gewaltakte fokussiert wird, welche Zeiträume als relevant gelten, welche Opfer anerkannt werden. Durch diese Auswahl entstehen auch Hierarchien, über die Macht ausgeübt werden kann.

Ein Beispiel: In Deutschland ist die Erinnerung an den Holocaust zentral für die Nachkriegsgeschichte – zu Recht. Aber lange Zeit lag der Fokus fast ausschließlich auf jüdischen Opfern. Andere Gruppen wie Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung oder homosexuelle Männer wurden lange vernachlässigt. Das hatte politische Gründe: Antiziganistische Stereotype bestanden fort, Homosexualität war weiterhin kriminalisiert – eine breite Erinnerung hätte gesellschaftliche Widersprüche offengelegt. Auch die koloniale Vergangenheit wurde lange hinter dem Holocaust zurückgestellt.

Erinnerung ist also nie nur Rückblick, sondern immer auch Gegenwartspolitik. Sie verhandelt moralische Maßstäbe, Legitimität, Rollenverteilungen. Wer wurde als Täter erinnert, wer als Opfer, wer als Held – und wer vielleicht nur als „Beobachter“ (englisch: bystander – ein Begriff, für den es im Deutschen keine wirklich gute Entsprechung gibt)? Solche Rollenzuschreibungen erzeugen Macht: vergangenes Heldentum kann politische Akteure und ihre Nachfolger:innen im Jetzt legitimieren, Täterschaft delegitimieren. Auch aus der Anerkennung einer Opferschaft kann eine moralische Pflicht zur Unterstützung im Jetzt erwachsen. Und diese Zuschreibungen betreffen nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Gruppen – mit Auswirkungen auf gesellschaftliche Verhältnisse nach dem Krieg oder der Massengewalt.

In ihrem Buch untersuchen Sie Erinnerungspolitiken in Ruanda, Indonesien und Kambodscha. Was sind zentrale Muster?

2

Die drei Länder sind sehr unterschiedlich, aber sie haben auch einiges gemeinsam. In allen drei Kontexten sehen wir klare Rollenzuschreibungen: Wer war Täter, wer Opfer, wer Held? Diese Zuschreibungen reduzieren die Komplexität, die Gewalt immer mit sich bringt. In Wirklichkeit sind Übergänge fließend: Täter können auch Opfer sein, Opfer zu Helden werden – aber solche Mehrdeutigkeiten verschwinden häufig aus den offiziellen Narrativen.

Täter können auch Opfer sein, Opfer zu Helden werden – aber solche Mehrdeutigkeiten verschwinden häufig aus den offiziellen Narrativen.

In Ruanda etwa ist die Erinnerung stark entlang ethnischer Linien organisiert: Die Hutu gelten als Täter, die Tutsi als Überlebende und die Tutsi-geführte RPF als Heldin – und dabei werden die Gruppen über die tatsächlich an Gewaltakten Beteiligten und Betroffenen erweitert. Alle Hutu werden so zum Täter oder zumindest als mitschuldig gemacht. Wer versucht, in der Erinnerung andere Perspektiven einzubringen – etwa auf Hutu, die von der RPF getötet wurden – muss mit harten Konsequenzen rechnen. Es gibt Gesetze gegen „Genozidideologie“ oder „Genozidleugnung“, die dafür genutzt werden kritische Menschen, die die starren Kategorien aufbrechen, anzuklagen. Das alles ist auch der Legitimation der heutigen Regierung dienlich, die von der RPF, die den Völkermord beendet hat, gestellt wird. Komplexität ist dort unerwünscht, weil sie das herrschende Narrativ infrage stellen und das legitimierende Heldennarrativ untergraben würde.

In Indonesien sehen wir eine Täter-Opfer-Umkehr: Die eigentlichen Opfer des Massenmords – Kommunist:innen oder vermeintliche Kommunist:innen – werden als Täter dargestellt, denen ein versuchter Staatsstreich zur Last gelegt wird. Sie gelten bis heute als gefährliche „Andere“. Das Militär sowie islamistische und nationalistische Organisationen, die bis heute wichtige gesellschaftliche Akteure sind, werden dabei nicht als Täter sondern als Helden dieser Zeit wahrgenommen, da sie die kommunistische Gefahr eingehegt haben.

In Kambodscha hingegen steht die Kategorie der universellen Opferschaft im Vordergrund. Seit den 1990er Jahren dominiert ein Nar-



Williams 2025: Memory Politics after Mass Violence. Attributing Roles in the Memoryscape. Bristol: Bristol University Press.

rativ, in dem sich nahezu alle – mit Ausnahme der obersten Roten Khmer-Führung – als Opfer verstehen dürfen. Das erleichtert Versöhnung und hilft, gesellschaftliche Spannungen abzubauen, wenn niedrig- und mittelrangigen Kadern der Roten Khmer auch eine Opferschaft innerhalb dieses so totalitären Systems anerkannt wird. Doch in den 1980er Jahren sah das noch anders aus: die Roten Khmer waren noch eine starke Kraft und führten einen Bürgerkrieg gegen die Regierung – da hat man eher auf Dämonisierung aller Roten Khmer, auch der niederrangigen gesetzt.

In allen drei Fällen spielt der Staat eine zentrale Rolle. Er bestimmt, welche Erinnerungen erlaubt sind – und setzt diese notfalls auch mit Gewalt durch. Diese offiziellen Narrative können sich im Laufe der Zeit verändern, wie in Kambodscha, oder trotz politischem Umbruch erstaunlich stabil bleiben, wie in Indonesien. Dort hält man selbst nach der Demokratisierung 1998 an der alten Erinnerungspolitik fest – nicht zuletzt, weil das Militär weiterhin großen Einfluss hat.

Regierungen nutzen Erinnerung für ihre politischen Zwecke. Was wären denn aus Ihrer Sicht zentrale Empfehlungen für eine verantwortungsvolle, friedensfördernde Erinnerungspolitik?

3

Ganz zentral ist ein kritischer Umgang mit Erinnerung. Das bedeutet, Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen: Erinnerung ist nie objektiv, sondern immer perspektivisch. Es gibt unterschiedliche Deutungen der Vergangenheit, und diese haben verschiedene politische Konsequenzen. Das heißt nicht, dass jede Sichtweise gleichwertig ist – ein AfD-Narrativ ist nicht dasselbe wie ein geschichtswissenschaftlich fundierter Mainstream-Diskurs. Aber man muss anerkennen, dass jede Form von Erinnerung bestimmte Zielsetzungen verfolgt – und diese kritisch reflektieren.

**Erinnerung ist nie objektiv,
sondern immer perspektivisch.**

Es geht darum, Menschen zu befähigen, eigene Perspektiven einzubringen, eigene Fragen zu stellen. Dafür braucht es politische Bildung, Gedenkstättenarbeit, kritische Bildungsformate – nicht nur als Vermittlung von Fakten, sondern als Raum, um vergangene Gewalt in ihrem breiteren Kontext zu verstehen sowie um den Zusammenhang von Erinnerung und Gegenwart zu begreifen.

Die Erinnerungskultur in Deutschland hat sich über die Jahrzehnte verändert – anfangs lag der Fokus stark auf jüdischen Opfern, andere Gruppen wurden erst später berücksichtigt. Das ist ein Prozess, der nicht abgeschlossen ist, oder?

Genau. Erinnerung ist immer ein Prozess. Sie geschieht im Jetzt und wird immer wieder neu interpretiert. Es geht nicht nur darum, woran wir uns erinnern – sondern auch, welche Bedeutung wir dem beimessen. Ein Beispiel: In Deutschland ist eine zentrale Lehre aus dem Holocaust das Bekenntnis zur Sicherheit Israels – das ist richtig und wichtig. Gleichzeitig sehen wir heute, wie dieses Bekenntnis in bestimmten Kontexten zu repressiven Diskursen führen kann, etwa im Umgang mit der Gewalt in Gaza. Hier lag im deutschen Politik- und Mediendiskurs der ersten Monate nach dem 7. Oktober 2023 ein dezidiertes Fokus auf die Solidarität mit Israel und Kritik an israelischer Gewalt gegen Palästinenser:innen wurde mitunter tabuisiert. Hier wollten viele die Rolle des jüdischen Opfers, die ganz zentral bei der Erinnerung an den Holocaust ist, nicht in Einklang bringen können mit der Möglichkeit israelischer Täterschaft heute. Das hat sich in einigen Punkten mittlerweile verschoben und auch aus der deutschen Politik gibt es Kritik an der Gewalt in Gaza, wenn auch die Diskurse nach wie vor von der deutschen Erinnerungskultur geprägt sind – so übrigens auch, wie in sozialen Medien dazu gestritten wird. Es wäre nämlich wichtig, aus der Erinnerung die Lehre zu ziehen, dass nicht nur Gewalt gegen Jüdinnen und Juden verhindert werden müsse (was mit dem grassierenden Antisemitismus in Deutschland umso wichtiger geworden ist), sondern generell dass alle Zivilist:innen vor Gewalt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord unbedingt zu schützen sind, egal wer sie sind.

Gehen wir noch einen Schritt weiter – irgendwann stehen wir selbst als Zeitzeug:innen da. Wie wird man sich später einmal an unsere Zeit erinnern?

5

Das ist eine spannende, aber auch schwierige Frage. Denn Erinnerung entsteht immer rückblickend – und hängt davon ab, was die Zukunft für erinnerungswürdig hält. Sicher ist: Man wird sich an Donald Trump erinnern, aber wie genau hängt sicher stark davon ab wie sich sein politisches Erbe entwickelt; sollte seine Autokratisierungsversuche in den USA fruchten wird seine zweite Präsidentschaft natürlich ganz anders erinnert werden, als wenn die staatlichen Organe und die Zivilgesellschaft sich als resilient erweisen.

Denn Erinnerung entsteht immer rückblickend – und hängt davon ab, was die Zukunft für erinnerungswürdig hält.

Auch der Ukrainekrieg wird wahrscheinlich eine zentrale Rolle spielen – schon allein wegen des weiterhin eurozentrischen Blicks in der Erinnerungskultur unserer Gesellschaft. Dabei wird der aktuelle Krieg in Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo vermutlich wieder weniger prominent erinnert werden, nicht zuletzt wie es auch aktuell keine Rolle im politischen Diskurs entfaltet. Vor allem aber, weil vermutlich auch in Zukunft kein politisches Kapital daraus zu gewinnen ist; das ist mit Zuschreibungen von Täter, Opfer und Held im Kontext Russlands und der Ukraine natürlich ganz anders und das wird dann auch in Zukunft Loyalitäten, Distanzierungen und Legitimationen mitbestimmen.

Auch der Nahostkonflikt – vor allem mit Blick auf Gaza – wird vermutlich Erinnerungskonflikte weiterhin prägen, vor allem, weil er gesellschaftliche Spannungen in Europa und Nordamerika berührt. Und ich denke auch, dass man sich an die aktuellen Identitätsdebatten erinnern wird, die auch mit dem Rechtsruck in Deutschland und dem Anstieg politisch motivierter Gewalt zusammenhängen.

Wie all das erinnert wird, hängt stark davon ab, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt. Setzt sich der autoritäre Trend fort und die AfD wächst weiter, oder erleben wir eine Rückbesinnung auf pluralistische, diverse Demokratievorstellungen? Das wird die Deutungen der Vergangenheit massiv prägen, was als ‚guter‘ und ‚schlechter‘ Teil der Geschichte zu gelten hat, wer dabei als Täter:in, als Opfer oder als Held:in gedacht wird und wie sich das auf die politischen Interessen in der Zukunft dann auswirken.

Prof. Dr. Timothy Williams ist Fellow der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung (FoKS) und Politikwissenschaftler und Konfliktforscher an der Universität der Bundeswehr München. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit nachhaltigen Transformationen von Gewalt und Diskriminierung, Erinnerungspolitik, digitaler Gewalt sowie Völkermordforschung. Im Zentrum seiner Arbeit steht die Frage, wie Gesellschaften mit Massengewalt, Ungleichheit und konkurrierenden Vorstellungen von Gerechtigkeit umgehen – und welche politischen Dynamiken Frieden fördern oder untergraben. Methodisch verbindet Williams qualitative Feldforschung in Südostasien und Ostafrika mit partizipative Methoden in der Erforschung marginalisierter Communities in Deutschland sowie digitalen Methoden zur Untersuchung von Gewalt im digitalen Raum.



✉ timothy.williams@unibw.de

Über FoKS

Die Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung bündelt interdisziplinäre Expertise an bayerischen Universitäten in den Sozial-, Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften. Ziel ist es, angesichts globaler Herausforderungen wissenschaftliche Perspektiven zu entwickeln und gemeinsam mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern tragfähige Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Allianz setzt sich für die Stärkung demokratischer, rechtsbasierter Strukturen ein und fördert eine national wie international sichtbare Vernetzung der Forschung in diesen Themenfeldern. Mehr auf www.foks-allianz.de

Impressum

Bayerische Wissenschaftsallianz für Friedens- Konflikt- und Sicherheitsforschung (FoKS)

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei der Autorin und nicht bei der Bayerischen Wissenschaftsallianz für Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung. Anmerkungen sind direkt an den korrespondierenden Autor zu richten.

Erscheinungsdatum: 13.05.2026

Bayerische Wissenschaftsallianz für
Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung
Kaulbachstr. 31
D-80539 München
Tel. 0049 941 94 36 90 34

Präsidium:

Vorsitzender Prof. Dr. Udo Hebel [Präsident Universität Regensburg]
Stellv. Vorsitzende Prof. Dr. Eva-Maria Kern [Präsidentin Universität der Bundeswehr München]

Sprecherin: Prof. Dr. Monika Heupel, monika.heupel@uni-bamberg.de

Geschäftsstelle:

Dr. Lilli Banholzer, Wissenschaftliche Koordinatorin FoKS, lilli.banholzer@ur.de
Dr. Timo Lowinger, Wissenschaftlicher Koordinator FoKS, timo.lowinger@ur.de

Redaktion: Prof. Dr. Stephan Stetter, Dr. Lilli Banholzer, Dr. Timo Lowinger

Layout/Design: Dr. Timo Lowinger; **Titelbild:** С а ш а Ф е д ю к - stock.adobe.com

.FRIEDEN
.KONFLIKT
.SICHERHEIT